

Turbulente Wahlen in Iran: Die Islamische Republik am Scheideweg?

Henner Fürtig

Am 12. Juni 2009 fanden in Iran turnusgemäß Präsidentschaftswahlen statt. Es galt zu entscheiden, ob Präsident Mahmud Ahmadinejad eine zweite Amtszeit gewährt wird oder ob er von einem seiner drei Herausforderer abgelöst wird. Für den Fall, dass am 12. Juni keine Entscheidung getroffen worden wäre, war für den 19. Juni eine Stichwahl zwischen den beiden Bestplatzierten vorgesehen.

Analyse

Der noch am Abend des ersten Wahltags verkündete – unerwartet klare – Wahlsieg von Amtsinhaber Ahmadinejad löste in weiten Kreisen des Wahlvolks zunächst Unglauben und unmittelbar danach massiven Protest aus. Die Massendemonstrationen gegen den vermuteten Wahlbetrug und die repressiven Gegenmaßnahmen des Regimes weiteten sich zur schwersten innenpolitischen Krise der Islamischen Republik Iran seit ihrer Gründung aus.

- Die mutmaßliche Wahlmanipulation und die Unterdrückung der Proteste haben dem Regime schwer geschadet. Es kann nicht mehr behaupten, den Willen des Volkes zu verkörpern. Das Grundvertrauen der Bevölkerung, ausgedrückt in der hohen Wahlbeteiligung, ist damit – wahrscheinlich irreparabel – beschädigt.
- Die Krise offenbarte eine geänderte Kräfteverteilung in Iran. Bisherige Konfliktstrukturen wurden durch neue Bruchlinien zwischen „alter“ Elite (Führungspersonen der Revolution, Mehrheit des Klerus), „neuer“ Elite (Revolutionsgarden, Laien, Minderheit des Klerus inklusive Revolutionsführer) und regimeferner Opposition (moderne Mittel- und Oberschichten) überlagert.
- Das Zusammenwirken der „alten“ Elite mit der regimefernen Opposition ist als Ausnahme anzusehen. Für sich betrachtet, ist Letztere aber immer noch schwach und unorganisiert.
- Iran weist Symptome des Übergangs von der Islamischen Republik zur Militärdiktatur auf.

Schlagwörter: Iran, Präsidentschaftswahlen, Massenproteste, innenpolitische Krise

1. Der historische Rahmen

Drei Ausgangsprämissen müssen bei jeder Bewertung der bisherigen Entwicklung der Islamischen Republik Iran und der durch den Wahlausgang vom 12. Juni 2009 ausgelösten Krise berücksichtigt werden. Erstens zählt die iranische Revolution, die sich im Februar 2009 zum 30. Mal gejährt hat, zu den wenigen genuinen Massenrevolutionen der Neuzeit. So teilt sie vergleichbare Entwicklungsetappen, Widerstandskraft und Sendungsbewusstsein mit der französischen Revolution von 1789 und der russischen von 1917. Zweitens begleitet das aus der Revolution hervorgegangene Staatswesen seit seiner Gründung ein Grundwiderspruch, der schon im Staatsnamen zum Ausdruck kommt. Der Mehrheit der zahlreichen Konflikte und Richtungskämpfe in der Islamischen Republik Iran liegt der bislang unüberbrückbare Gegensatz zwischen islamischem (Gottessouveränität) und republikanischem (Volksouveränität) Staatsverständnis zugrunde. Mangels einer ausformulierten Vorlage oder eines Modells leitete sich daraus drittens ein politisches Führungsprinzip des Regimes ab, das bestenfalls mit „Versuch und Irrtum“ (*trial and error*) zu beschreiben ist. Daraus ergaben sich bisher vier, klar voneinander unterscheidbare, Phasen.

Die visionäre Phase

Diese Phase wurde im Wesentlichen durch den Enthusiasmus der siegreichen Revolution und das Wirken ihres charismatischen Führers, Ayatollah Khomeini, gekennzeichnet. Dieser orientierte sich in der Innenpolitik vor allem auf die individuelle und kollektive islamische Vervollkommnung mittels Bildung, Erziehung und Einkehr. Die Wirtschaftspolitik idealisierte den Egalitarismus. Das Primat des staatlichen Sektors sollte eine „gerechte“ Verteilungswirtschaft sichern. Dieser Politikansatz verband sich, neben dem Khomeinis, vor allem mit dem Namen des damaligen Ministerpräsidenten und gegenwärtigen Oppositionsführers Mir Hossein Mussawi.

Wie bei jeder großen sozialen Revolution war die Außenpolitik des revolutionären Staates von Sendungsbewusstsein geprägt. Ayatollah Khomeini wies jeglichen nationalen Bezug der Revolution zurück und propagierte sie als „Geschenk an die Menschheit“, namentlich an die Unterdrückten und Unterprivilegierten in den Entwicklungsländern.¹ Damit hatte er gleichzeitig eine wesentliche Aufgabe der

Außenpolitik des neuen Staates umrissen – nämlich die Revolution zu „exportieren“. Revolutionsexport (*sudur-e enqelab*) wurde zum bestimmenden Credo der frühen, von Khomeini direkt bestimmten iranischen Außenpolitik. „Wir werden unsere Revolution in alle Welt exportieren, weil sie eine islamische ist ... Solange Menschen auf dieser Erde unterdrückt werden, wird unser Kampf fortgesetzt.“² Die Paragraphen 11, 152 und 154 der iranischen Verfassung nehmen direkten Bezug auf diese Aufgabe und sind unvermindert gültig.

Obwohl unzählige Aussagen und Schriften belegen, dass die iranische Revolution Muslime in aller Welt mit Stolz erfüllte, blieb dem direkten Revolutionsexport jedoch der Erfolg versagt. Das schiitische Wesen der iranischen Revolution ließ sich ebenso wenig leugnen wie das eingeschränkte materielle Potential Irans. Die faktische Niederlage Irans im achtjährigen Krieg gegen Irak, der alle Kräfte des Landes gebunden hatte, begrub die Hoffnungen auf einen militärischen Export der Revolution endgültig.

Die pragmatische Phase

Als 1988 der achtjährige Krieg gegen Irak de facto verloren, die Wirtschaft ausgeblutet und Iran international isoliert war, stand längst nicht mehr die Vision des islamischen Weltstaates, sondern die Existenz der Islamischen Republik Iran auf dem Spiel. Deshalb sorgte Khomeini noch in seinen letzten Lebensmonaten dafür, dass nun die nationalstaatlichen Interessen Irans das Primat bekamen. Pragmatiker wie der neue Präsident Rafsanjani – und nicht „Visionäre“ – sollten das Fortbestehen des Staates sichern. Zur Stärkung der Präsidialmacht wurde u.a. das Amt des Ministerpräsidenten abgeschafft. Für den neuen Präsidenten stand die wirtschaftliche Gesundung des Landes an erster Stelle.

Auf der „islamischen“ Seite hatte Ayatollah Khomeini Revolutionsführer Khomeini nach dessen Tod 1989 abgelöst. Zunächst unterstützte er Rafsanjani, indem er den Verfassungsauftrag des Revolutionsexports in den Aufruf zur Schaffung einer „Modellgesellschaft“ (*madine-ye nemuneh*) in Iran umwandelte. In der Folgezeit konnte sich die „republikanische“ Seite gegenüber der „islamischen“ aber nicht durchsetzen. Rafsanjani befand sich in seinen beiden Amtszeiten auf dem stetigen Rückzug vor Khomeini. Infolgedessen verschlechterte sich die wirtschaftliche Lage weiter; Rafsanjani versagte in seiner ureigenen Domäne. Hier liegen die Wurzeln für

¹ Ettela'at, Teheran, 3.11.1979.

² Rahnemudha-ye Imam. 1979. Teheran: Vezarat-e Ettela'at, S. 28.

den zweimaligen Erfolg Mohammad Khatamis bei Präsidentschaftswahlen. Er hatte – viel eher als andere im Regime – unmittelbaren Reformbedarf erkannt und versprach Lösungen.

Die Reformphase

Allerdings musste auch Khatami ähnliche Erfahrungen machen wie sein Amtsvorgänger Rafsanjani: Reformversuche verliefen mühsam, jede einzelne Maßnahme musste gegen den Widerstand der geistlichen Führung durchgesetzt werden, Rückschläge waren an der Tagesordnung. Während der Präsidentschaft von Khatami traten die Nachteile der dualistischen Herrschaftsstrukturen der Islamischen Republik Iran besonders krass zutage. Im politischen Alltag griffen vor allem die Maßnahmen der national orientierten reformwilligen „Republikaner“, während bei Grundsatzentscheidungen die „islamische“ Seite – also die klerikale Führung – auf ihrem Privileg der Entscheidungshoheit bestand. Diese Hoheit bleibt solange unantastbar wie das Prinzip der Herrschaft des Rechtsgelehrten (*velayat-e faqih*) Bestand hat.

Die Studentenunruhen von 1999 (wiederholt 2002) gerieten für Khatami zum Lackmestest. Weil die Demonstranten erstmals öffentlich die Abschaffung der *velayat-e faqih* forderten, musste sich Khatami als Präsident und islamischer Rechtsgelehrter entscheiden. Aus Sicht der Studenten bestand er den Test nicht. „Reform“, mit dem Ziel, die Islamische Republik zu erhalten, hieß sein Motto; nicht „Revolution“, um eine neue politische und soziale Ordnung zu errichten. Danach war Khatami kein politischer Hoffnungsträger mehr.

Die Restaurationsphase

Es war mehr als Symbolik, als Mahmud Ahmadinejad im August 2005, unmittelbar nach seinem Amtsantritt als Präsident, das Grabmal Khomeinis aufsuchte und danach verkündete: „Der Weg des Imams ist der absolute Weg der Islamischen Republik ... Er war nicht nur der Führer der Revolution, er bleibt ihre Richtschnur.“³

Die Proklamation verweist auf eine Spiralbewegung. In der Lesart Ahmadinejads ist die Revolution auf etwas höherer Ebene wieder an ihren Ausgangspunkt zurückgekehrt. Vorbei ist der Pragmatismus Rafsanjanis, vergessen die Öffnung des Landes und der relative Pluralismus unter dem „Schöngeist“ Khatami. Jetzt herrschen wieder, wie in den frühen 1980er Jahren, egalitärer Populismus im In-

neren und missionarisches Sendungsbewusstsein in den Außenbeziehungen.

Ahmadinejad gerierte sich als „Held der Armen und Unterdrückten“ (*mostaz'afin*) und versprach, die sprudelnden Erdöleinnahmen ausschließlich zu deren Nutzen zu verwenden. In der Außenpolitik blieb Khomeinis Lieblingsbegriff des „Exports der Revolution“ zwar tabu, in seinen Reden verhielt sich der neue Präsident aber trotzdem so, als sei er „ausgemachte Sache“.

Einmal mehr zeigte sich hier die Unwiederholbarkeit von Geschichte. Die Islamische Republik unter Ahmadinejad entspricht nicht mehr der des Jahres 1979; auch erwies sich Khomeini als „nicht kopierbar“. Ahmadinejad ist nicht einmal Geistlicher, sondern – im Gegenteil – der erste nichtklerikale Präsident Irans seit dem Intermezzo von Abolhassan Banisadr 1981. Der Präsident behalf sich in dieser Situation einerseits mit einer aggressiven Außenpolitik, insbesondere gegenüber den USA und Israel, sowie andererseits mit ungehemmter wirtschaftlich/finanzieller und politischer Patronage für seine Gefolgsleute. Die wirtschaftlichen Folgen dieser Verschwendung trug aber die gesamte Gesellschaft. Eine verschärfte Wirtschaftskrise kennzeichnete die Situation unmittelbar vor den Wahlen.

2. Die Wahlen und ihre Folgen

Die Lager

Bis zum 20. Mai 2009 hatte der Wächterrat 471 von 475 Bewerberinnen und Bewerbern, darunter alle 42 Frauen, von der Wahl ausgeschlossen. Zu den vier zugelassenen Kandidaten zählten Amtsinhaber Mahmud Ahmadinejad, der ehemalige Ministerpräsident Mir Hossein Mussawi, der ehemalige Parlamentssprecher Mehdi Karrubi und Mohsen Rezai, früherer Kommandeur der Revolutionswächter (*Pas-daran*), sowie aktueller Sekretär von Rafsanjani im nationalen Sicherheitsrat. Erwartungsgemäß hatte der Wächterrat damit sichergestellt, dass alle Kandidaten ausgewiesene Vertreter des Systems waren. Trotzdem ergab sich von Anfang an eine klare Konfrontationsstellung zwischen den drei Herausforderern auf der einen, und Amtsinhaber Ahmadinejad auf der anderen Seite. Auch die Vorwürfe der Herausforderer ähnelten sich. Sie monierten die schlechte Wirtschaftslage (25% Inflation, 30% Arbeitslosigkeit) und warfen Ahmadinejad u.a. vor, die in seiner Amtszeit erwirtschafteten riesigen Erdöleinnahmen verschwendet zu haben.

³ International Herald Tribune, Paris, 21.12.2005.

In den wenigen Wochen zwischen dem 20.5.2009 und dem Wahltag schälte sich Mussawi als mächtigster Herausforderer Ahmadinejads heraus. Dabei half ihm die ostentative Unterstützung durch die Ex-Präsidenten Khatami und Rafsanjani. Sowohl die Zulassung durch den Wächterrat als auch seine politische Biographie ließen Mussawi keinesfalls als westlichen Liberalen erscheinen. Aber – wie einst Khatami – hatte er den riesigen Reformbedarf zum Erhalt der Islamischen Republik Iran erkannt; und wie dieser wurde er ein Sprachrohr der Jugend (70% der iranischen Bevölkerung sind jünger als 30), der städtischen Mittelschichten und der Frauen. Seine Hauptforderungen nach einem Ende der Militarisierung der Gesellschaft, der Repression und der Gängelung bis ins Private, nach einer Durchbrechung der internationalen Isolation und für eine Liberalisierung des politischen Systems, für größere Meinungsfreiheit, für eine bessere ökonomische Situation und eine wirksame Korruptionsbekämpfung erwiesen sich als außerordentlich populär.⁴

Demgegenüber gerierte sich Ahmadinejad einmal mehr als Garant für die Aufrechterhaltung der „Werte“ der Revolution, wie etwa soziale Gerechtigkeit, eine durchgängig islamische Lebensführung (in dieser Hinsicht keine Trennung von öffentlich und privat), nationale Unabhängigkeit (interpretiert als Abstand zum Westen), Solidarität mit den *mostaz'afin*, sowie „Abrechnung“ mit „Schmarotzern“ und „Wucherern“. Derartige Losungen sicherten ihm Anhängerschaft im Kleinbürgertum, in der Stadtarmut, bei der Landbevölkerung, sowie bei den Pasdaran und – nicht zuletzt – bei Revolutionsführer Khamenei. Für die Festigung dieses Rückhalts bemühte Ahmadinejad erneut die Staatskasse. Er verfügte eine selektive Lohn- und Rentenanhebung, gab „Gerechtigkeitsanteile“ im Wert von 1.000 US\$ an „Bedürftige“ aus (Besucher von Wahlbüros erhielten zudem 70 US\$ „Handgeld“). LKW-Konvois verteilten Lebensmittel auf dem flachen Land. Kurzum: der „kleine Mann“ sollte dem Präsidenten gewogen bleiben.⁵

Der lebhafteste und konfrontative Wahlkampf weckte zwei Erwartungen: zum einen die nach einer hohen Wahlbeteiligung (höher als 1997 – 79,93%) und zum anderen nach einer Stichwahl am 19.6.2009, weil unter den obwaltenden Bedingungen voraussehen war, dass kaum ein Kandidat bereits im

ersten Wahlgang die erforderliche einfache Mehrheit erhalten würde.

Verlauf und Ergebnis

Die erste Erwartung schien sich umgehend zu bestätigen. Wahlbüros in allen Landesteilen verzeichneten einen regelrechten Wähleransturm. Lange Schlangen vor den Urnen erzwangen eine Verlängerung der Öffnungszeiten. Ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen Mussawi und Ahmadinejad wurde immer wahrscheinlicher.

Am Abend des Wahltages wurde aus der ersten Erwartung Gewissheit. Die Wahlkommission des Innenministeriums gab eine Rekordwahlbeteiligung von 85% an. Die zweite Erwartung erfüllte sich hingegen nicht. Bereits drei Stunden nach Schließung der Wahllokale gab die Kommission folgende Ergebnisse bekannt: Ahmadinejad (62,6%), Mussawi (33,8%), Rezai (1,7%), Karrubi (0,9 %).⁶

Der völlig unerwartete Wahlausgang rief umgehend massive Zweifel hervor. Diese bezogen sich zunächst eher auf technische bzw. logistische Fragen. Wie war es möglich, über 40 Millionen Stimmzettel innerhalb weniger Stunden in einem so großen Land wie Iran auszuzählen? In den Städten hätte man zwar auf technische Hilfsmittel (Computer) zurückgreifen können, aber auf dem Land habe man durchweg per Hand auszählen müssen. Je weiter die Analyse der Ergebnisse voranschritt, desto drängender wurde der Verdacht auf Wahlfälschung. Demnach habe Ahmadinejad in allen 30 Provinzen gewonnen. Dafür hätte er, im Vergleich zu 2005, 13 Millionen zusätzliche Stimmen erhalten müssen, mehr als alle Gegenkandidaten von 2005 zusammen. Woher sollte dieser Zuwachs gekommen sein? Faktisch hieße das, dass sich das gesamte Plus der höheren Wahlbeteiligung zugunsten von Ahmadinejad ausgewirkt hätte. In 10 der 30 Provinzen hätte er sämtliche Jung- und Erstwähler genauso gewonnen wie alle ehemaligen Stimmen für Rafsanjani und 44% der ehemaligen Reformstimmen. In zwei Provinzen (Yazd, Mazandaran) gingen mehr als 100% Stimmen ein, in vier weiteren 94% und mehr. Gemäß diesem Ergebnis schlug Ahmadinejad seine Gegner sogar durchweg in deren Heimatprovinzen – teilweise „haushoch“. Per Saldo wurde eine „alarmierende Diskrepanz“ zwischen den offiziellen Wahlergebnissen und dem über Dekaden üblichen Verhalten der iranischen Wähler festgestellt.⁷ Jede weitere Unregelmäßigkeit

⁴ Vgl. Khalaji, Mehdi: Let Protesters know the U.S. cares, in: IPRI Sdigest, Lissabon, 2 (2009) 143, S. 9.

⁵ Vgl. Salehi-Isfahani, Djavad: After the Iranian Uprising: Economic Outlook, in: ebenda, 2 (2009) 153, S. 15.

⁶ Vgl. Islamic Republic of Iran Broadcasting (IRIB), Teheran, 12.6.2009.

⁷ Vgl. Berman, Daniel/Rintoul, Thomas: Preliminary Analysis

erhärtete den Verdacht auf Wahlbetrug. Der für die Wahl verantwortliche Innenminister, Pasdarangeneral Sadeq Mahsouli, gilt als enger Vertrauter Ahmadinejads. Ihm wurde vorgeworfen, dass seine Behörde weder eine geheime Stimmabgabe noch eine unabhängige Wahlbeobachtung und -kontrolle garantiert habe.

Trotz allem erklärte Revolutionsführer Khamenei am 13.6.2009 das Ergebnis zu einer „göttlichen Entscheidung“, – noch bevor der Wächterrat, das eigentlich dafür zuständige Gremium, den Wahlausgang bestätigen konnte –, und forderte alle Iraner auf, sich hinter dem gewählten Präsidenten zu vereinen.⁸

Der Protest

Schock und Unglauben über die Wahlergebnisse wichen bald spontanen, nichtsdestoweniger massiven Protesten. Für die kritische Öffentlichkeit galt als sicher, dass die Rekordwahlbeteiligung vor allem auf die Mobilisierung von Protestwählern zurückzuführen war. Deshalb wurde der Slogan „Wo ist meine Stimme?“ (*where is my vote?*) zu einem der populärsten in den sich nun formierenden Demonstrationen von Millionen Menschen in Teheran, aber auch in fast allen anderen Landesteilen. Mir Hossein Mussawi gab dem Widerstand Gesicht und Stimme. Unmissverständlich erklärte er: „Ich werde mich der Manipulation nicht beugen. Das Verhalten der dafür Verantwortlichen greift die Säulen der Islamischen Republik direkt an und wird am Ende Tyrannei bedeuten.“⁹ Am 14.6.2009 legte er beim Wächterrat offiziellen Protest gegen das Wahlergebnis ein und forderte Neuwahlen. Um seinen Gegnern keine Vorwände zu liefern, achtete Mussawi strikt darauf, sich innerhalb der Verfassung zu bewegen und beharrte hartnäckig darauf, keine Rebellion gegen die islamische Revolution als solche anzuführen, sondern berechtigten Protest zu artikulieren. Seine populäre Forderung nach Neuwahlen einte die Demonstranten.

Das Regime reagierte zunächst mit Abwiegung und Verleugnung, sehr bald aber primär mit gewalttätiger Repression. Den Zusammenstößen zwischen Demonstranten und Sicherheitskräften sowie deren Helfern (*basij*) fielen in der Woche nach den Wahlen mindestens ein Dutzend Menschen zum Opfer, Hunderte wurden verletzt, verhaftet oder unter

Hausarrest gestellt. Eines zeigte die Reaktion immerhin: die wachsende Kluft innerhalb des Regimes!

Risse im System

Proteste, Widerstand und Unmut begleiten die Entwicklung der Islamischen Republik Iran seit ihrer Entstehung. Niemals zuvor erreichten sie aber solch eine Breite und Intensität wie 2009, die zudem fast alle Landesteile gleichzeitig erfasste. Die Proteste richteten sich nicht nur gegen den Präsidenten und seine Regierung, sondern auch – erstmals seit zehn Jahren und intensiver als 1999 – gegen den Revolutionsführer. Während Ayatollah Khamenei früher versuchte, nach dem Amtsverständnis seines Vorgängers und Vorbilds Khomeini „über den Parteien“ zu agieren, nahm er diesmal – zudem sehr früh – eindeutig Partei.

Auch die Rivalität innerhalb der Führung gehört seit 30 Jahren zum Alltag der Republik: niemals zuvor wurde sie jedoch so aggressiv und vor allem öffentlich ausgetragen. Der Wahlausgang und die darauf folgenden Proteste zeichneten deutlich die Konturen eines tiefen Machtkampfes zwischen „alter“ und „neuer“ Elite ab. Eher unverhofft avancierte Mussawi zur Galionsfigur der „alten“ Elite. Zu ihren exponiertesten Vertretern zählen Ayatollah Rafsanjani, als Vorsitzender des Expertenrates (83 Geistliche) und des Rates für das Staatsinteresse (Sicherheitsrat) der „zweite Mann“ in der Hierarchie der Republik, die bereits genannten Präsidentschaftskandidaten Rezaei und Karrubi, Parlamentspräsident Larjani (ein Konkurrent Ahmadinejads aus dem gleichen Lager der Pasdaran), Ex-Präsident Khatami und der ehemalige Oberbürgermeister Teherans, Karbasji. Sie alle fürchten die Entwicklung eines von den Pasdaran getragenen Militärregimes – versehen mit der Legitimation durch den Revolutionsführer und unter strafbarer Führung Ahmadinejads. Trotz Khameneis Schlüsselrolle in diesem Szenario wäre damit das Ende der Theokratie im alten Stil eingeläutet.

Die Gründe für die Aufgabe der „Neutralität“ durch Ayatollah Khamenei bleiben weiterhin mysteriös. Die meisten Beobachter verweisen auf seinen nach wie vor nur mittleren theologischen Rang, der ihn der Geistlichkeit gegenüber angreifbar macht. Diese zeigt sich dem Herrschaftsprinzip der *velayat-e faqih* gegenüber weiterhin ambivalent und die meisten Großayatollahs sind tendenziell dagegen. Ein „herrschender Rechtsgelehrter“ müsste eigentlich über diesen Zweifeln stehen. Mahmud Ahmadinejad und seine Anhänger sichern Khameneis Stellung gegenüber der Geistlichkeit, nicht zuletzt auch gegen-

of the Voting Figures in Iran's 2009 Presidential Elections, London: Chatham House 2009, S. 2 ff.

⁸ Vgl. Middle East Economic Survey (MEES), Nicosia, 52 (2009) 25, S. 22.

⁹ Gerges, Fawaz A.: Iran's hardliners are the real losers, in: CNN Commentary, Atlanta, 15.6.2009.

über dem „zweiten Mann“, Ayatollah Rafsanjani. Nicht von ungefähr fungiert ein Sohn Khameneis, Mojtaba, als Bürochef des Präsidenten.¹⁰

Führende Geistliche verhielten sich erwartungsgemäß, d.h., sie verweigerten dem Wahlergebnis ihre Absegnung und riefen alle Beteiligten zur Mäßigung und zur Einhaltung der Gesetze auf. Selbst im Parlament blieben 105 der 290 Abgeordneten der Siegesfeier für Ahmadinejad fern, obwohl nur 50 von ihnen zum eigentlichen Reformlager zählen.¹¹

Die Suche nach einem Ausweg

Da die Fortdauer des Patts die Regierungsfähigkeit des Landes ernsthaft zu beeinträchtigen drohte, suchte das Regime fieberhaft nach einem Ausweg. Am 15.6.2009 forderte Revolutionsführer Khamenei den Wächterrat auf, Vorwürfe der Wahlfälschung zu prüfen und nach zehn Tagen ein Ergebnis vorzulegen. Da er das Ergebnis vorher schon sanktioniert hatte, bedeutete dieser Auftrag eine schwere Düpierung seines Amtes und seiner Person.

Am Folgetag erklärte der Vorsitzende des Wächterrates, Ayatollah Jannati, dass insgesamt 646 Einsprüche eingegangen seien. Die Stimmen würden nun stichprobenartig – keinesfalls landesweit – neu ausgezählt; Neuwahlen stünden nicht zur Debatte. Weil eine Nachzählung das Ergebnis nicht grundlegend verändern konnte, ließ sich Jannatis Vorgehen nur als Wunsch nach Zeitgewinn interpretieren.

Ayatollah Khameneis mit Spannung erwartete Freitagspredigt kündete am 19.6.2009 von neuem Selbstbewusstsein des Revolutionsführers. Unnachgiebig erklärte er: „Die Ergebnisse der Wahlen kommen von der Urne und nicht von der Straße.“¹² Die unterlegenen Kandidaten würden einen großen Fehler machen, wenn sie glaubten, dass „von ihnen organisierte Straßenproteste die Behörden dazu veranlassen würden, ihre illegalen Forderungen zu erfüllen.“¹³ Die Predigt schloss unmissverständlich: „Iran ist nicht Georgien“¹⁴ – was eine Reminiszenz an die „Rosenrevolution“ von 2004 bedeutete, als Massenproteste gegen eine gefälschte Wahl Präsident Schevardnadse hinweggefegt hatten.

Am 21.6.2009 räumte der Wächterrat ein, dass in 50 Wahlkreisen mehr Stimmen abgegeben worden waren, als Wahlberechtigte vorhanden gewesen sei-

en, keinesfalls aber in 170 Wahlkreisen wie von Mussawi behauptet. Die Nachzählung würde daher drei Millionen Stimmen betreffen und Ahmadinejads Vorsprung als solchen nicht gefährden. Angestachelt durch Khameneis kompromisslose Predigt verbreitete das Hauptquartier der Pasdaran am 22.6.2009 eine Erklärung, wonach ab sofort allen „Unruhestiftern“ und „Gesetzesbrechern“ auf „revolutionäre Weise“ begegnet werde. Einen Tag darauf gab der Sprecher der Obersten Justizbehörde bekannt, dass allen Inhaftierten „eine Lektion erteilt werde“.¹⁵

Der Ausgang

Das Urteil des Wächterrats entsprach in vollem Umfang den Befürchtungen der Opposition. Ayatollah Jannati erklärte am 29.6.2009, dass bei der Neuauszählung „keine größeren Unregelmäßigkeiten“ feststellbar gewesen seien. Somit sei das Wahlergebnis offiziell.

Herausforderer Mussawi erstellte umgehend ein detailliertes Gegengutachten, die substantiellsten Einwände kamen jedoch aus der klerikalen Hochburg Qom. Die „Vereinigung der Seminargelehrten“ warf dem Wächterrat vor, nicht unparteiisch gehandelt zu haben. Die Großayatollahs Sane'i und Golpayeghani mahnten kaum verklausuliert, dass „kein Befehl als Entschuldigung ... dienen sollte, die Rechte der Menschen einzuschränken.“¹⁶

Trotzdem begann der Widerstand zu bröckeln. Bis dahin kritische Medien und Journalisten gebärdeten sich nun „neutral“ bzw. behaupteten, Ahmadinejad habe wohl unstrittig gewonnen, wenn auch nicht so hoch. Eine Wahlmanipulation der vermuteten Dimension wäre wohl kaum zu verheimlichen gewesen.¹⁷

Der nachlassende Widerstand zeigte einmal mehr die Erfahrung des Regimes im Umgang mit Protest; insbesondere die Bereitschaft, massiv Repressionsmittel einzusetzen. Die Protestbewegung ihrerseits blieb spontan und unorganisiert, ihre Führungsperson bis zuletzt mit Fragezeichen versehen. Trotz seines Engagements konnte Mir Hossein Mussawi bei vielen Oppositionellen letzte Zweifel dahingehend nicht beseitigen, ob er die Protestwelle anfacht und ihr Richtung gibt, oder ob er nur auf ihr schwimmt und versucht, nicht unterzugehen.

¹⁰ Vgl. The Guardian, London, 22.6.2009.

¹¹ Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), Frankfurt (Main), 26.6.2009.

¹² MEES, 52 (2009) 26, S. 25.

¹³ Ebenda.

¹⁴ New York Daily News, New York, 22.6.2009.

¹⁵ MEES, 52 (2009) 26, S. 26.

¹⁶ <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518-634398,00.html> (5.7.2009).

¹⁷ Vgl. Barzegar, Abbas: Wishful thinking from Tehran, in: IPRIS digest, 2 (2009) 139, S. 9.

Es steht zu erwarten, dass Khamenei Ahmadinejad als Präsident bestätigt, ehe ihn das Parlament vereidigt. In bewährter Manier wird der alte/neue Präsident danach wohl versuchen, durch zusätzliche Wohlfahrtsleistungen und Zugeständnisse, wie etwa die Ernennung von Ministern aus dem Reformlager, Zustimmung zu erheischen.

3. Fazit

Der Verlauf und die Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen vom 12.6. 2009 leiteten die schwerste innenpolitische Krise der Islamischen Republik Iran seit ihrer Gründung ein. Ihr Ausgang bleibt weiterhin ungewiss, weil das Regime das Protestpotential zwar eindämmen, aber nicht beseitigen konnte. Zudem haben ihm die mehr als wahrscheinliche Wahlmanipulation und die Unterdrückung der Proteste schwer geschadet. Es bezog bisher einen Gutteil seines Legitimitätsanspruchs aus der Behauptung, den Willen des Volkes zu verkörpern. Dieser Anspruch fand durchaus eine Entsprechung bei der Mehrheit der Bevölkerung – ausgedrückt u.a. in der beispiellos hohen Wahlbeteiligung. Dieses Grundvertrauen scheint nun schwer beschädigt, wenn nicht gänzlich zerstört zu sein.

Die Krise offenbarte zudem eine geänderte Kräfteverteilung in Iran. Gegensätze wie etwa die zwischen Alt und Jung, Stadt und Land, oder konservativ gegen radikal sind zwar weiterhin virulent, kennzeichnen aber nicht mehr die Hauptbruchlinien in der Gesellschaft. Diese Linien trennen gegenwärtig drei große politische Blöcke. Da ist zum ersten die „alte“ Elite, zu der die Gründerväter der Republik und die Mehrheit des Klerus' zählen. Ihr geht es in erster Linie um Systemerhalt, notfalls mittels Reformen. Zweitens sei hier die „neue“ Elite zu nennen – bestehend aus Kommandeuren und Veteranen der Revolutionsgarden, der Sicherheitskräfte des Innenministeriums und der Freiwilligenverbände (*basij*), in der Regel Laien, aber auch einer machtvollen Minderheit des Klerus'. Zu dieser Minderheit gehören nicht zuletzt Revolutionsführer Khamenei, Wächterratsvorsitzender Jannati und der geistige Mentor Ahmadinejads, Ayatollah Mesbahi-Yazdi. Die „neue“ Elite strebt zwar ebenfalls den Erhalt des Systems an, aber bei einer grundlegenden Umverteilung der ökonomischen und politischen Macht. Zum dritten muss die regimeferne Opposition genannt werden, die aus den modernen Mittel- und Oberschichten besteht. In dieser Gruppe ist der

Wunsch nach Systemveränderung (Abschaffung der *velayat-e faqih*) mitnichten omnipräsent, aber am stärksten ausgeprägt.

Die Interessenunterschiede der „alten“ Elite und der regimefernen Opposition werden das im Wahlprotest erlebte Zusammenwirken beider Blöcke kaum zur Regel werden lassen. Für sich genommen, ist die regimeferne Opposition aber immer noch schwach und unorganisiert.

Die Krise hat jedenfalls Symptome des Übergangs von den bisher vornehmlich zivil geprägten Strukturen der Islamischen Republik zu einer Militärdiktatur sichtbar gemacht. Im Sinne eines kleinsten gemeinsamen Nenners hätte unter den gegenwärtigen Umständen eine machtvolle Bürgerrechtsbewegung die besten Chancen, diesen Übergang zu verzögern bzw. zu verhindern.

Literatur

- Addis, Casey L. (2009): Iran's 2009 Presidential Elections, Washington, D.C.: Congressional Research Service.
- Berman, Daniel/Rintoul, Thomas (2009): Preliminary Analysis of the Voting Figures in Iran's 2009 Presidential Elections, London: Chatham House.
- Green, Jerrold D. et al. (2009): Understanding Iran, Santa Monica/Cal.: Rand Corporation.
- Milani, Abbas (2009): Transition to Democracy in Iran: Observations on International Influences on Democratization in Iran, Stanford/Cal.: Center on Democracy, Development, and the Rule of Law.
- Posch, Walter (2009): Prospects for Iran's 2009 Presidential Elections, Washington/D.C.: Middle East Institute.
- Wehrey, Frederic (2009): The Rise of the Pasdaran: Assessing the Domestic Roles of Iran's Islamic Revolutionary Guards Corps, Santa Monica/Cal.: Rand Corporation.
- Ziaei, Hanieh (2009): The Iranian Election: a Briefing, Madrid: CITpax.

■ Der Autor

Prof. Dr. Henner Fürtig ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am GIGA Institut für Nahost-Studien. Spezialgebiet: Neueste Geschichte und Politik des Vorderen Orients, insbesondere der Golfregion; dazu zahlreiche Veröffentlichungen im In- und Ausland.

E-Mail: fuertig@giga-hamburg.de

■ GIGA-Forschung zum Thema

Aktuell wird Iran am GIGA in zwei unterschiedlichen Forschungszusammenhängen behandelt. Reaktionsmuster auf externen Druck werden im Rahmen des Forschungsteams „Pariastaaten/Sanktionen“ im Forschungsschwerpunkt 2 „Gewalt und Sicherheit“ untersucht, Möglichkeiten und Grenzen seiner regionalen Führungsrolle im Rahmen des Forschungsteams „Regionale Führungsmächte“ im Forschungsschwerpunkt 4 „Macht, Normen und Governance in den internationalen Beziehungen“.

■ GIGA-Publikationen zum Thema

Beck, Martin/Shabafrouz, Miriam (2007): Iran – gewichtiger Gegenspieler westlicher Interessen, GIGA Focus Nahost, Nr. 10, Hamburg: GIGA.

Fürtig, Henner (im Erscheinen): Das postrevolutionäre Regime in Iran: Theokratie oder Republik?, in: Oberdorfer, B. (Hrsg.): Geistliche in Machtpositionen und als Machtberater, Hamburg: Edition HIS.

Fürtig, Henner (2009): Totgesagte leben länger – 30 Jahre iranische Revolution, in: Bentzin, A./Fürtig, H./Krüppner, T./Spielhaus, R. (Hrsg.): Zwischen Orient und Okzident; Studien zu Mobilität von Wissen, Konzepten und Praktiken, Freiburg, Basel, Wien: Herder Verlag, S. 317-334.

Fürtig, Henner (2009): Changing Regime Change – Relations with Iran Should be Recast along Fundamentally New Lines, in: IP-Global Edition, Berlin, 1, S. 64-69.

Fürtig, Henner (2007): Iranischer Antisemitismus unter Ahmadinedschad: alter Wein in neuen Schläuchen?, in: Benz, W./Wetzels, J. (Hrsg.): Antisemitismus und radikaler Islamismus. Essen: Klartext (Antisemitismus: Geschichte und Strukturen, Band 4), S. 103-127.

Fürtig, Henner (2006): Zurück zu Khomeini? Ahmadinejads antiisraelische Rhetorik zwischen Politik und Propaganda, GIGA Focus Nahost, Nr. 11, Hamburg: GIGA.

Kursawe, Janet (2007): Halbzeitbilanz: Innere Entwicklungen in Iran unter Ahmadinejad, GIGA Focus Nahost, Nr. 7, Hamburg: GIGA.



Der GIGA *Focus* ist eine Open-Access-Publikation. Sie kann kostenfrei im Netz gelesen und heruntergeladen werden unter <www.giga-hamburg.de/giga-focus> und darf gemäß den Bedingungen der *Creative-Commons-Lizenz Attribution-No Derivative Works 3.0* <<http://creativecommons.org/licenses/by-nd/3.0/de/deed.en>> frei vervielfältigt, verbreitet und öffentlich zugänglich gemacht werden. Dies umfasst insbesondere: korrekte Angabe der Erstveröffentlichung als GIGA *Focus*, keine Bearbeitung oder Kürzung.



Das **GIGA German Institute of Global and Area Studies** – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt *Focus*-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost und zu globalen Fragen heraus, die jeweils monatlich erscheinen. Der GIGA *Focus* Nahost wird vom GIGA Institut für Nahost-Studien redaktionell gestaltet. Die vertretenen Auffassungen stellen die der Autoren und nicht unbedingt die des Instituts dar. Die Autoren sind für den Inhalt ihrer Beiträge verantwortlich. Irrtümer und Auslassungen bleiben vorbehalten. Das GIGA und die Autoren haften nicht für Richtigkeit und Vollständigkeit oder für Konsequenzen, die sich aus der Nutzung der bereitgestellten Informationen ergeben. Wurde in den Texten für Personen und Funktionen die männliche Form gewählt, ist die weibliche Form stets mitgedacht.

Redaktion: Martin Beck; Gesamtverantwortlicher der Reihe: Andreas Mehler; Lektorat: Silvia Bücke
Kontakt: <giga-focus@giga-hamburg.de>; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg